Erscheint wöchentlich 4 Mal: **Dienstag** und **Freitag früh, Mittwoch** und **Sonnabend Mittag**. Pränumerations=Preis für Einheimische 18 Sgr., mit Botenlohn 19 Sgr.; Auswärtige zahlen bei den Königl. Post=Anstalten 21 Sgr. 3 Pf.



Insertionen werden bis **Montag** und **Donnerstag Abends** 5 **Uhr, Mittwoch** und **Sonnabend** bis **Vormittags** 10 **Uhr** in der Expedition angenommen, und kostet die einspaltige Corpus=Zeile oder deren Raum 1 Sgr. 6 Pf.

Thorner Wochenblatt.

№ 94. **Dienstag, den 18. Juni.** **1867**

Das Programm der national=liberalen Partei

das wir bereits in vor. Nummer u. Bl. erwähnten, lautet also:

Als im vorigen Jahre der alte Bund zusammenbrach und die preußische Regierung den ernsten Willen bekundete, das nationale Band zu erhalten und die deutsche Einheit auf fesreren Grundlagen herzustellen, da war es uns nicht zweifelhaft, daß die liberalen Kräfte der Nation miwirken müßten, wenn das Einigungswerk gelingen und zugleich die Freiheitsbedürfnisse des Volkes befriedigen sollte. Um dieses Zweckes willen waren wir zur Mitwirkung bereit; möglich wurde sie erst, dadurch daß die Regierung von der Verletzung des Verfassungsrechtes abließ,die von der liberalen Partei so nachdrücklich vertheidigten Grundsätze anerkannte, daß sie die Indemnität nachsuchte und erhielt. Die Mitwirkung zu sichern konnten die durch den Verfassungsstreit bedingten Gruppirungen innerhalb der Partei nicht genügen. Dem neuen Bedürfniß entsprach die Bildung der national=liberalen Partei zu dem Zwecke: auf den gegebenen Grundlagen die Einheit Deutschlands zu Macht und Freiheit herzustellen.

Wir verkannten niemals das Schwierige der Aufgabe, im Zusammnwirken mit einer Regierung welche Jahre lang den Verfassungskonflikt aufrecht erhalten und ohne Budgetgesetz verwaltet hatte, mit unvollkommenen konstitutionellen Waffen die freiheitliche Entwickelung zu fördern. Aber wir unterzogen uns dieser Aufgabe mit dem festen Willen, durch fortgesetzte ernste Arbeit die Schwierigkeit zu überwinden, und mit der Zuversicht, daß die Größe des Zieles die Thatkraft des Volkes stärken wird.

Denn uns beseelt und vereinigt der Gedanke, daß die nationale Einheit nicht ohne die volle Befriedigung der liberalen Ansprüche des Volkes erreicht und dauernd erhalten, und daß ohne die thatkräftige und treibende Macht der nationalen Einheit der Freiheitssinn des Volkes nicht befriedigt werden kann. Deshalb ist unser Wahlspruch: Der deutsche Staat und die deutsche Freiheit müssen gleichzeitig und mit denselben Mitteln errungen werden. Es wäre ein verderblicher Irrthum, zu glauben, daß das Volk, seine Fürsprecher und Vertreter nur die Interessen der Freiheit zu wahren brauchen, die Einheit dagegen auch ohne uns durch die Regierung auf dem Wege der Kabinetspolitik werde aufgerichtet werden.

Die Einigung des ganzen Deutschlands unter einer und derselben Verfassung ist uns die höchste Aufgabe der Gegenwart.

Einen monarchischen Bnndesstaat mit den Bedingungen des konstitutionellen Rechtes in Einklang zu bringen, ist eine schwere, in der Geschichte bisher noch nicht vollzogene Aufgabe; die Verfassung des norddeutschen Bundes hat sie weder vollständig im Umfange, noch in endgültig befriedigender Weise gelöst. Aber wir betrachten das neue Werk als den ersten unetbehrlichen Schritt auf der Bahn zu dem in Freiheit und Macht gefestigten deutschen Staate. Der Beitritt Süddeutschlands, welchen die Verfassung offen hält, muß mit allen Kräften und dringlich befördert werden, aber unter keinen Umständen darf er die einheitliche Centralgewalt in Frage stellen oder schwächen.

Eine aus der Vermittelung der praktischen Bedürfnisse hervorgegangene Verfassung ist niemals ohne Mängel zu Stande gekommen; diese wuchsen mit der Zahl der widerstreitenden Interessen, doch war es stets ein Zeichen gesunder Lebenskraft, daß die bessernde Hand sofort zu wirken begann. Wir sind dem Loose menschlicher Unvollkommenheit nicht entgangen, aber die Schwierigkeiten haben uns nicht entmuthigt und die Mängel uns nicht blind gemacht gegen die guten Keime. Wie unsere Partei im Entstehen zu bessern bemüht war, so wird sie ununterbrochen und schon im nächsten Reichstage darauf hinarbeiten, die Verfassung in sich auszubauen.

Im Parlament erblicken wir die Vereinigung der lebendig wirkenden Kräfte der Nation. Das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht ist unter unserer Mitwirkung zur Grundlage des öffentlichen Lebens gemacht. Wir verhehlen uns nicht die Gefahren, welche es mit sich bringt, so lange Preßfreiheit Versammlungs= und Vereinsrecht polizeilich verkümmert sind, die Volksschule unter lähmenden Regulativen steht, die Wahlen bureaukratischen Einwirkungen unterworfen sind, zumal da die Versagung der Diäten die Wählbarkeit beschränkt. Aber da die Garantieen nicht zu erreichen waren, haben die Gefahren uns nicht abgeschreckt. Am Volke liegt es jetzt, für die Reinheit der Wahlen einzutreten; angestrengten Bemühungen wird es gelingen, seine Stimme wahrheitsgetreu zum Ausdruck zu bringen, und dann wird das allgemeine Wahlrecht selbst das festeste Bollwerk der Freiheit sein, wird es die in die neue Zeit hineinragenden Trümmer des ständischen Wesens wegräumen und die zugesicherte Gleichheit vor dem Gesetz endlich zur Wahrheit machen.

Wir sind entschlossen, die Bundeskompetenz zu befestigen und über alle gemeinsamen Angelegenheiten auszudehnen. Als Ziel schwebt uns vor, daß die parlamentarischen Funktionen des Staates möglichst vollständig in den Reichstag verlegt werden. Auch der preußische Landtag soll sich nach und nach mit einer Stellung begnügen, welche in keiner Weise geeignet sei, dem Ansehen und der Wirksamkeit des Reichstages Eintrag zu thun. Dieses Ziel wollen wir auf dem verfassungsmäßigen Wege erstreben; bis es in dieser Weise erreicht ist, müssen die beiden parlamentarischen Körperschaften ihre Befugnisse wechselseitig achten und einen friedlichen Wetteifer in der Erfüllung des eigenen Berufes bekunden.

Nach dem Beispiele der preußischen Verfassung haben die entsprechenden Unvollkommenheiten in die Reichsverfassung Eingang gefunden. Auf beiden Gebieten sind nunmehr gleichzeitig und gleichmäßig die wesentlichen Reformen zu erstreben, welche die allein sichere Grundlage des öffentlichen Rechtes gewähren. Namentlich und vor Allem ist das Budgetrecht zu vervollständigen, damit der Volksvertretung der volle Einfluß auf die Staatsgeschäfte zufalle. Nicht minder dringend sind Gesetze, welche eine wirksame Verantwortlichkeit für die Minister und alle Beamten herbeiführen, auf der juristischen Grundlage, daß Jedermann für seine Handlungen einzustehen habe. Im Bunde ist überdies für eine vollständige Repräsentation der verantwortlichen Träger der Regierungsgewalt zu sorgen und ihr Verhältniß zu den Regierungen der Einzelstaaten zu klären.

Durch die Ereignisse des vorigen Jahres und die begonnenen Umgestaltungen haben die Aufgaben des preußischen Staates, der Regierung wie des Volkes, sich vervielfältigt.

Der Anschluß der neuerworbenen Landestheile macht eine energisch reformirende Gesetzgebung, welche unter der Herrschaft der konservativen Partei verzögert worden ist und während des Verfassungskonflikts gänzlich geruht hat, dringend und nnaufschiebbar. Der schleunigen Abhülfe warten in allen Theilen des Landes zahlreiche Mißstände, wie die Lähmung des Realkredites, die Beschränkung der Freizügigkeit, der Druck des Gewerbes und der Arbeit in den Fesseln der Gewerbeordnung. Die nothwendige Verschmelzung der alten und neuen Landestheile verlangt umfassende Reformen in den organischen und anderen wichtigen Gesetzen. Doch schulden wir den neuen Provinzen, welche in Justiz und Verwaltung mancher Vorzüge sich erfreuen, den Schutz dieser Institutionen, die unmöglich durch mangelhafte altpreußische Einrichtungen ersetzt werden dürfen. Die Gleichmäßigkeit ist vielmehr zu bewirken, indem wir ihnen folgen, wo sie uns voran sind. Dem ganzen Deutschland schuldet Preußen das gute Beispiel in Gesetz und Verwaltung, soweit beide den Einzelstaaten vorbehalten sind, denn die Zukunft des gesammten Vaterlandes hängt von diesem Beispiele ab. Wir meinen deshalb, daß der Ausbau und die Revision der preußischen Verfassung nur um so eifriger zu erstreben ist. Nach wie vor verlangen wir die Ausführung der in der Verfassung verheißenen Gesetze und die Reform des Herrenhauses als Vorbedingung aller Reformen. Von diesen stehen weit voran:

Die Entfernung des ständischen Prinzips aus den Gemeinde=, Kreis= und Provinzialverfassungen und die Reform derselben nach den Grundsätzen der Gleichberechtigung und Selbstverwaltung; die Aufhebung der gutsherrlichen Ortsobrigkeit und gutsherrlichen Polizei.

Der Aufschwung des Vaterlandes bedarf dieser sicheren und breiten Grundlagen, die wachsende Größe des Staatsgebietes vermehrt die Gefahren der bureaukratischen Einwirkungen, und die in den Verfassungen anerkannten Grundsätze des modernen Rechtes sind unverträglich mit der Herrschaft des auf Bevorzugung und Privilegien beruhenden Systems in der Gemeindeverwaltung. Die Bevölkerung aber, die städtische wie die ländliche, hat in den großen und willigen Leistungen zu dem letzten Kriege das Anrecht erneuert, ihre dringendsten Wünsche endlich erfüllt zu sehen.

Unter den anderen zahlreichen Gegenständen nennen wir: den Schutz des Rechtszustandes durch unabhängige Richter; die Unabhängigkeit und Erweiterung des Rechtsweges; die Revision der Gesetze über die Kompetenzkonflikte und die Administrativjustiz; die Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle politischen Strafsachen unter Aufhebung des Staatsgerichtshofes; die Abschaffung der Kautionen und der Steuer für Zeitungen und Zeitschriften.

Eingedenk ihrer schweren Verantwortlichkeit und treu ihren früher ausgesprochenen Grundsätzen hat die Partei in den Tagen der Gefahr und der Entscheidung den Frieden im Innern auf den Grundlagen des verfassungsmäßigen Rechtes hergestellt, die Mittel reichlich gewährt und die Rüstungen gut geheißen, welche die freie Wirksamkeit des preußischen Berufes sichern sollten. Für die Ehre und Machtstellung des Vaterlandes werden wir ferner in gleichem Sinne handeln. Doch spornen die Lasten der chronischen Kriegsbereitschaft uns an, die neuen Zustände in Deutschland schnell zu befestigen. um bald, jedenfalls nicht später als mit dem Ende des Provisoriums, zu der so nothwendigen Sparsamkeit eines wirklichen Militär=Friedensetats zu gelangen. Inzwischen muß die in der Reichsverfassung zugesicherte Verkürzung der Kriegsdienstpflicht bis zum vollendeten 32. Lebensjahre schnell verwirklicht und auf jede mögliche andere Entlastung hingewirkt werden.

Wir hegen nicht die Hoffnung, den zahlreichen Bedürfnissen auf einmal abzuhelfen, aber wir werden keines derselben aus den Augen lassen und je nach der Gunst der Umstände das eine oder das andere in den Vordergrund stellen. Aber als die unerläßliche Bedingung für das gedeiliche Zusammenwirken der Regierung und der Volksvertretung, für die Verhütung neuer Konflikte erachten wir zu allen Zeiten eine den Gesetzen entsprechende, Recht und Freiheit der einzelnen Staatskörper, wie der Gesammtheit unverbrüchlich achtende Verwaltung. Rückfällen in eine andere Praxis der Vergangenheit muß auf jede Gefahr hin rückhaltslos entgegengetreten werden. Nur mit einer gesetztreuen Regierung können wir Hand in Hand gehen. Mit einer solchen sind wir die richtigen Wege aufzusuchen bereit.

Eine eindringliche Erfahrung hat uns gelehrt, daß nicht in allen Zeiten für dieselben Aufgaben mit denselben Waffen gekämpt werden darf. Wo so bedeutungsvolle und inhaltsschwere Ziele gleichzeitig zu erstreben sind, wie gegenwärtig in Deutschland und Preußen, da genügt es nicht, lediglich an hergebrachten Sätzen festzuhalten und zu Gunsten einer einfachen und bequemen Tradition die neuen und mannigfaltigen Bedürfnisse unbeachtet zu lassen. Es bedarf der schweren und umsichtigen Arbeit, den verschiedenartigen Ansprüchen gerecht zu werden, den Gang der Ereignisse zu überwachen und der Gelegenheit den Vortheil abzugewinnen. Die Endziele des Liberalismus sind beständige, aber seine Forderungen und Wege sind nicht abgeschlossen vom Leben und erschöpfen sich nicht in festen Formeln. Sein innerstes Wesen besteht darin, die Zeichen der Zeit zu beachten und ihre Ansprüche zu befriedigen. Die Gegenwart spricht deutlich, daß in unserem Vaterlande jeder Schritt zur verfassungsmäßigen Einheit zugleich ein Fortschritt auf dem Gebiete der Freiheit ist, oder den Antrieb hierzu in sich trägt.

Wir sind nicht gesonnen, anderen Fraktionen der liberalen Partei feindseelig entgegenzutreten, denn wir

fühlen uns Eins mit ihnen im Dienste der Freiheit. Aber gegenüber den großen Fragen der Gegenwart und in dem verantwortlichen Bewußtsein, wieviel von der richtigen Wahl der Mittel abhängt, streben und hoffen wir, innerhalb der Partei die entwickelten Grundsätze zur Geltung zu bringen.

Berlin, im Juni 1867.

Folgen die Unterschriften.

Zur Situation.

Es hat nicht den Anschein, als wenn die Pariser Fürsten-Zusammenkunft zu bestimmten politischen Abmachungen geführt hat. Man begnügt sich im Allgemeinen damit, zu versichern, daß der Friede erhalten bleiben werde. Die neuesten Berichte der „Köln. Ztg." aus Paris besagen, daß der Kaiser Napoleon versucht hat, Zusicherungen in Bezug auf den V. Artikel des Prager Friedens von unserem Könige zu erlangen, welche zurückgewiesen werden wußten, weil sie die jetzt noch bestehende Trennung der deutschen Staaten aufrecht erhalten haben würden. Es könnte uns nur freuen, wenn, wie berichtet wird, Graf Bismarck dem Hrn. v. Moustier erklärt hätte, es müsse erst die Einigung Norddeutschlands mit Süddeutschland erfolgt sein, ehe eine nähere Verständigung mit Frankreich eintreten könne. Wir wollen aber wünschen, daß damit nicht zugleich Bereitwilligkeit zu Concessionen angedeutet ist, welche sich nachher nicht als erfüllbar beweisen. Man schreit der „Zeidl. Corrspdz." aus Paris: „Es ist notorisch, daß Fürst Gortschakoff sich der Reise des Czaren nach Paris wiedersetzt hatte. Die Ereignisse haben seine Besorgnisse gerechtfertigt und die Berichte derjenigen wiederlegt, welche mit Bestimmtheit versichert hatten, daß keine Art von Manifestation, am wenigsten ein Attentat zu fürchten sei. Daß die französische Regierung um des Attentats willen das den Polen bewilligte Asylrecht beschränken werde, ist wenig wahrscheinlich. Viel wahrscheinlicher ist es, daß der Mörder mit Hilfe von „mildernden Umständen" nur zur Zwangsarbeit verurtheilt werde."

— Die nordschleswigsche Frage scheint noch auf lange hinaus in der Schwebe bleiben zu sollen. Der „H. B.-H„ wird jetzt offiziös von hier gemeldet, daß die dänische Regirung vor Kurzem in Berlin die Erklärung abgegeben hat, sie könne die von Preußen verlangten besonderen Garantien zur Sichersterstellung der in den abzutretenden Gebieten wohnenden Deutschen nicht gewähren; die allgemeinen Landesgesetze müßten ihnen genügen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Berlin. Die Beauftragung des hannöverschen Assessors v. Adelebsen mit der Verwaltung einer Kreisrichterstelle in Stralsund stimmt eben so wenig mit dem Gesetze überein, wie die Ernennung des Direktors Oberg zum Vice-Präsidenten in Rattbor. Nach Art. 15 des Gesetzes vom 26. April 1851 ist zur Bekleidung jeder Richterstelle die Ablegung der dritten Prüfung erforderlich. Selbst wenn wir voraussetzen, daß die Beschäftigung des Assessors v. Adelepsen beim Gericht zu Stralsund als eine zeitweilige zu betrachten, und daß ihm dadurch Gelegenheit zum Studium des preußischen Rechts geboten werden soll, um demnächst das dritte Examen abzulegen, bevor ihm eine etatatsmäßige Richterstelle übertragen wird, ist dies durch das allegirte Gesetz nicht gerechtfertigt. Denn dasselbe macht zwar eine Ausnahme für die zeitweise Funktion eines Hülfsrichters, erfordert dafür ausdrücklich die Referendariatsprüfung, welche Herr v. Adelebsen ebensowenig bestanden hat wie die dritte. Nachdem der Justizminister in der Verhandlung am 29. Mai d. J. über den Aßmannschen Antrag von seiner früheren, bei der Beantwortung der Interpellation kundgegebenen Auffassung zurüngetreten ist und sogar mit den übrigen Ministern den vom Staatsanwalt Hauschteck gestellten Hülfsantrag acceptirt hat. in welchem doch die Oberg'sche Anstellnng ausdrücklich als nicht mit den Gesetzen übereinstimmend bezeichnet wurde, durfte mindestens erwartet werden, daß keine neuen Verstöße vorkämen, wenn auch dem verletzten Gesetze keine weitere Genugthuung geworden ist. Wenn sich der Justizminister im Abgeordnetenhause auf die Anstellung zweier hohenzollernscher Richter an preußischen Appellationsgerichten berufen hat, so scheint er dabei vergessen zu haben, daß vorher das Gesetz vom 30. April 1851 die preußischen Gesetze über Organisation der Gerichte, Qualifikation der Richter und gerichtliches Verfahren in den Fürstenthümern einführte und damit die hohenzollernschen Richter den altpreußischen gleichstellte. Damals wurde ein korrekter Weg eingeschlagen, wie er bei dem geringen Personenbestand, der damals in Betracht kam, ohne Zweifel genügte. Da es sich aber in den jetzt erworbenen Ländern um hunderte von Richtern handelt, so könnte eine massenhafte Versetzung zu einer gefährlichen Rechtsunsicherheit führen. So wenig ohne neue Vorbereitung und Prüfung Altpreußische Juristen im Bezirk des Rheinischen Gerichts und Rheinische Juristen in den Provinzen des Landrechts angestellt werden dürfen, so wenig ist es sachlich gerechtfertigt, hannöversche oder hessische Richter ohne weiteres in Provinzen zu verpflanzen, von dessen Recht und Verfahren sie nichts wissen. Einzelne Ausnahmen können durchaus keine politische Bedeutung haben. Der große Amalgamirungsprozeß läßt sich einmal nicht durch bloßen Personalwechsel erledigen, er erfordert unumgänglich organisatorische Arbeiten und neue Gesetze von tief eingreifender Bedeutung.

— Die Depesche des „St.-A." meldet über die a. 14. d. erfolgte Abreise des Königs aus Paris Folgendes: „Der Nordbahnhof war aufs Reichste mit Blumen und Teppichen ausgeschmückt, und der Zug von Salon- und Terassen-Wagen zusammengesetzt. Se. Majestät der Kaiser, welchem der Seine- und Polizeipräfekt vorangingen, begleitete Se. Majestät den König bis an den Wagenschlag; im Gefolge befanden sich der königliche Botschafter Graf von der Goltz und der Major Burg. Das Verwaltungspersonal der Nordbahn mit dem Baron James Rothschild, welcher den ihm verliehenen Rothen Adler-Orden 1. Klasse trug, geleitete Se. Majestät gleichfalls bis zum Waggon. Nach herzlichem Abschiede von Sr. Majestät dem Kaiser, welcher auch dem Herrn Minister-Präsidenten und den Se. Majestät begleitenden Generalen und Hofchargen auf das Herzlichste die Hand drückte, reiste Se. Maj. unter dem abwechselden Zurufe vive le roi! vive l'empereur! von Paris ab."

— Am Abend 15. d. trafen Se. Maj. mit seiner Begleitung in Potzdam ein.

— Se Majestät sahen sehr wohl aus, unterhielten sich längere Zeit mit den Anwesenden und bestiegen, nachem sie unter Händedruck von dem Grafen von Bismarck und dem General v. Moltke Abschied genommen hatten, mit der Frau Kronprinzessin den Wagen, um nach Babelsberg zu fahren.

Thüringen. Eine kleine Broschüre, die bei Otto Wigand in Leipzig erschienen ist: „Was soll aus dem Herzogthum Koburg werden? Ein Beitrag zur Lösung kleinstaatlicher Verhältnisse", macht jetzt hier viel Aufsehen. Der anonyme Verfasser derselben, der mit den koburgschen Verhältnissen genau bekannt sein muß, weist durch eine Reihe von Zahlen und statistischen Angaben klar nach, daß das Herzothum Koburg, wenn es seine bisherige kleinstaatliche Forterxistenz behalten sollte, selbst beim besten Willen und der auf das Möglichste gesteigerten Erhöhung aller Steuern nicht im Stande sein wird, die sehr erheblichen, finanziellen Anforderungen, welche der norddeutsche Bund künftig an das Land stellen wird, zu erfüllen. Die einzige Rettung vor einem unausbleiblichen Staatsbankerott wird in dem völligen Aufgehen des Herzogthums Koburg in den preußischen Staat erblickt, obgleich der Autor sonst gar nicht zu den unbedingten Anhängen aller preußischen Institutionen gehört. Eine völlige Vereinigung Koburgs mit dem schon geographisch davon getrennten Herzogthum Gotha, wie solches jetzt von manchen Kreisen gewünscht wird, um die Staatsverwaltung zu vereinfachen und zu vermindern, wird in dieser Broschüre für unausführbar erklärt, da ohnehin die völlige Einverleibung in Preußen dadurch nur vielleicht um einige Jahre verzögert, aber doch nicht ganz aufgehalten zu werden vermöge.

Frankreich.

— Der Pariser Correspondent der „Kreuzzeitung" schreibt: „In Fontainebleau, wo die hohen Herrschaften ganz unter sich waren, soll die Kaiserin Eugenie unserem Könige und dem Kaiser von Rußland sowohl wie ihrem Gemahl einen Veilchenkranz überreicht haben. Ich weiß nicht, ob's wahr ist, es ist ja möglich; was die Pariser aber von diesen Veilchenkränzen und deren Bedeutung Alles erzählen, geht über das Unglaubliche hinans — eine Alliance der Veilchen für ewige Zeiten. Sie wollen sich erinnern, daß das Veilchen so zu sagen die Parteiblume der Bonapartisten ist, im Gegensatz gegen die bourbonische Lilie, seit der erste Napoleon zur Veilchenzeit von Elba zurückkehrte, nannte man ihn doch Père la Violette. Auch wird daran erinnert, daß die schöne Gräfin Teba einen Veilchenkranz in den blonden Locken trug, als ihr Napoleon in demselben Fontainebleau seine Hand bot. Das sind die historischen Stützen für den neuromantischen Veilchen-Bund zwischen Rußland, Preußen und Frankreich." — Bereczowskis Wunden von dem Springen des Pistols sind auf dem besten Wege der Heilung und werden in vierzehn Tagen vollständig geschlossen sein, wenn kein Zwischenfall eintritt.

Großbritannien.

— Für die preußische Flotte wird an der Themse jetzt eine Panzerfregatte gebaut, die ursprünglich für die türkische Regierung bestimmt gewesen war und eines der stärksten Kriegsschiffe zu werden verspricht. Bei einer Länge von 355 Fuß 10 Zoll und einer Breite von 60 Fuß wird ihr größter Tiefgang 26½ Fuß betragen. Die Stärke des Panzers ist auf 8 Zoll berechnet; Tonnengehalt 5938; nominelle Pferdekraft 1150. Die Panzerung wird sich auf beinahe 7 Fuß unter der Wasserlinie erstrecken. Ihre Bewaffnung soll aus 30 Geschützen bestehen, darunter eine Anzahl 1000 Ctr. schwer, die ein 50 Ctr. schweres Geschoß schleudern können, und alle so gestellt, daß sie jeden Winkel des Horizonts werden bestreichen können.

Rußland.

— Die slavischen Gäste welche vor zehn Tagen in Moskau ankamen, haben die Stadt am 8. d. Mts. wieder verlassen. — Die Stadt gab den „slavischen Brüdern" ein großes Festmahl; auch hier machte sich die Beredsamkeit in verschiedenen Zungen geltend. Der Böhme Rieger hielt hier eine gewandte Rede für die Polen. Mit vieler Behutsamkeit und nachdem er die politischen Fehler der Polen zugegeben hatte, sprach er aus, daß von beiden Seiten Vieles gut zu machen sei, und das es dem großen, mächtigen und siegreichen Volke der Russen gutstehen würde, wenn es in christlicher Liebe die ihm angethane Unbill vergäße und Unterworfenen gegenüber den Gefühlen der Großmuth Raum gäbe. Diese Rede rief laute Zeichen des Mißfallens von Seite der Russen hervor. Ein Fürst Tscherkaski übernahm die Entgegnung, in der er durch Thatsachen und mit Zahlen bewies, daß die Polen von der russischen Regierung nicht unterdrückt, sondern umgekehrt gegen die eigentlichen Russen stets bevorzugt worden seien, in Bezug auf Schulen, Zoll, Gesetzgebung und Gerichtsverfassung; und daß sie diese Bevorzugung stets mit Undank gelohnt, und statt Rußland dafür zu lieben, ihm treu, ergeben und dankbar zu sein, ihm immer nur neue Unruhen, Verlegenheiten und schwere Kämpfe bereitet hätten. Es sei darum nicht an den Russen, ein anderes Verfahren einzuschlagen, sondern in den Händen der Polen selbst liege ihr künftiges Schicksal. Er schloß ungefähr mit folgenden Worten: „Wenn die Polen nicht als störrige Kinder, sondern reuig wie der verlorene Sohn an den gemeinsamen Tisch in das väterliche Haus zurückkehren, so werden wir sie wie unsere Brüder mit offenen Armen empfangen." — Leider wird das hiesige große Publikum im Allgemeinen durch die leitende Moskauer Presse nicht zu Gefühlen der Liebe, Duldsamkeit, Versöhnlichkeit und Großmuth gegen die, dem russischen Scepter unterworfenen nichtrussischen Kulturvölker erzogen. Indem man das Selbstgefühl der Russen zu heben und sie zu geistiger Arbeit anzufeuern sucht, erregt man ihnen andererseits Gefühle des Neides und H[illegible]sses gegen Mitunterthanen. Kann man die Polen gegenwärtig nicht mehr bevorzugt nennen, so wendet man sich gegen die Finnländer und die Deutschen der baltischen Provinzen, erregt den Neid der Russen gegen sie wegen ihrer altverbrieften Rechte und Freiheiten, und nennt die Erhaltung und Achtung derselben von Seiten der Regierung eine ungerechtfertigte Bevorzugung der unterworfenen Völker gegen das eigne herrschende. Wenn aber eine derartige Auffassung der gegenseitigen Unterthanenverhältnisse in Bezug auf Russen und Polen in den Worten und im Sinne des Fürsten Tscherkaski noch logisch und berechtigt erscheint, so ist doch dabei wohl zu bedenken, daß die große Masse des Volkes, welche sich hier jetzt dem Lesen der Zeitung ergiebt und aus ihnen allein ihre politischen Ueberzeugungen schöpft, nicht die philosophische Bildung hat, um den erregten Neid und Haß durch die eigenen Grundsätze der Gerechtigkeit und Liebe zu überwinden

Provinzielles.

Elbing, den 13. Juni. (D. Z.) Am zweiten Feiertage vereinten sich hier die Botaniker der Provinz zu ihrer fünften Jahresversammlung. Es waren Mitglieder aus Danzig, Königsberg, allen kleineren Nachbarstädten, selbst bis Oletzko, recht zahlreich erschienen und begannen ihre Thätigkeit mit einem Besuche des Gartens der HH. Hambruch, Vollbaum und Comp. Dort nämlich steht, wie durch Ausmessung festgestellt wurde, die größte Platane der Provinz, ein gewaltiger Baum, der mit seinem breiten Geäst den größten Theil des Gartens überschattet. Ein daneben stehender Taxus ist gleichfalls der größte in Preußen. Elbing ist überhaupt, wie die Herren Botaniker berichten, in Bezug auf Baumvegetation die Hauptstadt der Provinz, es besitzt die größte Eiche (Cadinen), den größten Kirschbaum (Suckase), die größte Roßkastanie (Weingarten), den größten Wallnußbaum und außerdem 2 Tulpenbäume, die anderswo auch wohl selten oder gar nicht zu finden sein werden. Die ordentliche Sitzung wurde Dienstag durch den Vorsitzenden, Hrn. Prof. Caspary aus Königsberg, mit einem allgemeinen Rückblick auf die Vereinsthätigkeit des vergangenen Jahres, mit einigen ehrenden Worten des Andenkens an zwei verstorbene Mitglieder, die HH. Director Schmidt aus Elbing und Kühling aus Bromberg, und durch einen Kassenbericht eröffnet. Darauf folgten durch Vorzeigung von Pflanzen unterstützte Berichte und Vorträge der HH. Conrector Seydler aus Braunsberg, Dr. Nicolai aus Elbing, Sanitätsrath Tienemann aus Oletzko, Straube aus Elbing, Apotheker Helm und Dr. Bail aus Danzig, Dr. Prätorius aus Mehlsack, Oberlehrer Werner aus Graudenz, Prof. Caspary aus Königsberg. Hr. Dr. Bail sprach ausführlicher über seine interessanten Untersuchungen, die Einwirkung der Pilze auf die Gährung, bei epidemischen Krankheiten der Insecten und über die Entwickelung desselben Pilzes in wesentlich anderen Formen bei verschiedenem Substrat. Sehr hohes Interesse erregte eine Sammlung botanischer Pflanzenmodelle, die unserer Realschule gehört und nach Mustern des Hrn. Lobmeiyer sen. von Robert Breudel in Breslau gefertigt ist. Dieselben sind aus Papier-maché bedeutend vergrößert und in ihre einzelnen Theile zerlegbar. Dem Lehrer wird es natürlich leichter als an einer lebenden Pflanze, Bau und Art derselben einer ganzen Klasse zu zeigen. Die anwesenden Schulmänner wünschten ihren Anstalten sämmtlich einen so vorzüglichen Lehrapparat, der eigentlich in keiner Schule fehlen sollte. — Auch von abwesenden Mitgliedern, die am Besuche der Versammlung verhindert waren, wurden interessante, brieflich eingegangene Mittheilungen gemacht. An die um 1 Uhr beendete Arbeit schloß sich ein heiteres, durch Rede und Spruch gewürztes Festmahl, dann ging es natürlich in die Wälder und Schluchten, um die Trommeln mit seltenen Pflanzen, auch das Cypripedium wurde wieder gefunden, zu füllen und schließlich vereinten sich die Gäste in Vogelsang und im Casino zum fröhlichen Abschlusse des gemeinsamen Tagewerks. Es war auch Nichtmitgliedern gestattet, den Verhandlungen beizuwohnen und Viele machten von dieser Erlaubniß Gebrauch.

Lokales.

— **Eisenbahn-Angelegenheiten.** Die Handelskammer zu Insterburg sagt in ihrem Jahresbericht pro 1866 mit Bezug darauf, daß das Kgl. Handelsministerium der Eisenbahn Insterburg-Thorn, welche dasselbe bereits vor dem Landtage vertreten hat, eine Eisenbahn Insterburg-Graudenz-Terespol substituiren wolle, Folgendes: Sie, die Handelskammer, müsse „nach dem ihr vorliegenden neuesten Erfahrungen das Aufgeben der großen über Thorn gehenden internationalen Linie (Insterburg-Thorn-Posen-Halle-Kassel) tief beklagen."

„Aus diesen Erfahrungen führen wir jetzt beiläufig nur zwei Thatsachen an. Nach der Mißernte v. J. 1865 wurde ein großer Theil der zum Consum der darbenden Provinz eingeführten Kartoffeln und der Spiritus aus der Provinz Posen bezogen. Die Umwege, die diese Produkte, aus Mangel einer näheren Verbindung, über Dirschau zu nehmen gezwungen waren, haben dieselben uns bedeutend vertheuert. Nach der für Mittel- und Süddeutschland ungenügenden Ernte in Brodfrüchten v. J. 1866 entwickelte sich dorthin ein ungemein lebhafter Versand von Roggen auch aus unserer damit reichlich versehenen Provinz, an dem unser Platz einen beteutenden Antheil nahm. Diese wahrhaft kolossalen Getreidezüge mußten dorthin aus Mangel einer direkten Verkehrsstraße widerum ihren Weg über Berlin, resp. Kreuz nehmen, natürlich unter Vertheuerung der Frachtsätze. Dem Zwischenhandel Berlins kam dies nicht wenig zu Gute, indem er aber die Gewinne unserer Roggenablader verkürzte. Später wandten sich die Mitteldeutschen Roggen-Importeure in ihrem eigenen Interesse direkt hierher und von da ab geschehen die Ableitungen direkt in jene bedürftigen Gegenden hinein, natürlich wieder auf dem unvermeidlichen Umwege von 25—30 Meilen über Berlin.

Am 13. d. Mts. haben, wie der „Gr. Ges." berichtet, die Herren Siebe und Eisenschmidt im Auftrage der Direktion der Ostbahn die Vorarbeiten zur Absteckung der über Graudenz nach Deutsch-Eylau projektirten Bahn begonnen. Sie gehen mit ihrem Nivellement von Graudenz über Roggenhausen nach Lessen vor. Die Richtung, die sie bei ihren Arbeiten einschlagen, läßt vermuthen, daß die Bahn nach dem Uebergang über die Weichsel den Uferhöhenzug in der Einsenkung zwischen Schloßberg und Festung durchschneiden und dann die Marienwerder Chaussee durchkreuzen soll.

Die Deputation von größeren Gutsbesitzern aus den Kreisen Strasburg und Thorn, welche in Angelegenheit der Eisenbahn Insterburg-Thorn beim Herrn Handelsminister eine Audienz gehabt hat, ist gestern, d. 16., heimgekehrt und hat, wie wir hören, einen günstigen Bescheid erhalten. Nähere Details über denselben mitzutheilen sind wir nicht in der Lage. — Gleichzeitig mit obiger Deputation machte auch eine Deputation aus dem Kreise Culm dem Herrn Handelsminister ihre Aufwartung, um die Ueberleitung der Eisenbahn Insterburg-Terespol bei Culm über die Weichsel herbeizuführen, soll aber mit ihrer Petition keinen Erfolg erzielt haben. — Die Bestrebungen des Kaufmann Herrn Levy aus Inowraclaw betreffs der Eisenbahn Posen-Thorn sollen ein gutes Resultat gehabt haben und die Herstellung dieser Linie außer Frage stehen

— **Kommunales.** Von der zweiten Wählerabtheilung wurden zu Stadtverordneten gewählt:

Herr Maurerstr. Reinicke jun. mit 39 Stimmen,
Herr Kaufmann A. Henius mit 35 Stimmen.

Von 198 Wahlberechtigten betheiligten sich an der Wahl 52.

— **Der Verein zur Besprengung der Straßen** wird auch in diesem Jahre seine Thätigkeit fortsetzen. — Im vorigen Jahre hatte er Cassenbestand aus 1865 20 Thlr, — Einnahme von 56 Mitgliedern 50 Thlr und aus Vermiethung des Wasserwagens 9 Thaler zusammen 79 Thaler — Die Ausgabe betrug 53 Thlr. und zwar für 85 Mal Sprengen 32 Thlr. für Arbeitslohn, Boten, Reparaturen 21 Thlr. — Der Bestand von 26 Thlr. wird zum großen Theil für Reparaturen und Standgeld des Wasserwagens draufgehen. — Nach den bisherigen Erfahrungen ist die Betheiligung im Verhältniß der Ausdehnung der Straßen eine nicht ausreichende gewesen. In Folge dessen nahm die Besprengung zu viel Zeit fort und konnte nicht so intensiv und nachhaltig betrieben werden, wie es wohl wünschenswerth gewesen wäre. Um diese Uebelstände zu vermeiden, ist beschlossen worden, fortan den Sprengbezirk auf die Culmer-Straße, Ostseite des Marktes, Butter-Straße und Breite-Straße zu beschränken und es den anderen Straßen zu überlassen, daß sie selbst eigene Vereine bilden, wobei man ihnen durch Gewährung des Wasserwagens gern entgegenkommen will. Als solche besondere Strecken würden sich empfehlen: die Schuhmacherstraße mit der Nordseite des Marktes; ferner die Elisabethstraße. Mögen die Bewohner derselben es nur versuchen die Sache selbst in die Hand zu nehmen. Der Vortheil und die Annehmlichkeit der Straßenbesprengung hat sich namentlich im vor. Jahre recht ersichtlich herausgestellt; die Luft in den Straßen wird erfrischt und die Reinlichkeit außerordentlich gefördert. Wir können auch nur den Wunsch aussprechen, daß die Polizei nicht nachlassen möge, diesem Zweige der Verwaltung von dem zu einem nicht geringen Theil der Gesundheitszustand der Stadt abhängt, ihre besondere Aufmerksamkeit, verbunden mit strengster Handhabung der Straßenordnung, zu widmen. Das öftere Ausspülen der Rinnsteine wie es im vor. Jahre gehandhabt wurde, was eine ganz vortreffliche Maasregel und wir können nur wünschen, daß es in diesem Sommer in denjenigen Straßen wieder executirt würde, die sich durch schlechte Luft und Unreinlichkeit auszeichnen. Man mache nicht den Einwand, daß dies zu viel kostet. Wo es sich um Erhaltung eines guten Gesundheits-Zustandes handelt, kann es auf einige 100 Thaler nicht ankommen. — Wir müssen schließlich noch erwähnen, daß, da der Verein ein durchaus freiwilliger ist, und das allgemeine Publikum davon Nutzen hat, es eine durchaus einseitige Auffassung wäre, wenn man die Hausbesitzer allein für verpflichtet halten wollte zu den Kosten beizutragen. Jeder Laden-Inhaber, jeder Miether hat das gleiche Interesse an Reinlichkeit der Straßen und gesunder Luft, die kein Hausbesitzer mit vermiethen kann. Möge sich daher Jeder betheiligen. Wer ein Freund unreiner Luft und der Unsauberkeit ist, wird sich von selbst von der Betheiligung fern halten.

— **Auf der Mocker** hat sich unter Leitung des Polizei-Commissarius a. D. Herrn Roszcechowski ein Schutzverein gegen das Treiben der Langfinger organisirt und schon mehrere Nächte Patrouillen abgehalten.

— **Aus Polen.** Nach Mittheilung des „Staats.-Anz." ist in Lodz seit dem 19. Mai ein deutsches Theater eröffnet.

Industrie, Handel und Geschäftsverkehr.

— **Zollverein.** Die Vereinbarungen der Minister-Konferenz in Berlin zur Rekonstruktion des Zollvereins betreffend 4 Punkte: Die Dauer des Vertrages bis 1877; die Authebung des freien Veto, die parlamentarische Vertretung und die gemeinsame Steuer einiger Konsumtionsartikel. Bei der Beschickung des Zollparlaments ist auch die Diätenfrage entschieden worden; die betreffenden Mitglieder desselben erhalten keine Diäten. Die gemeinsame Steuer ist festgesetzt für Salz, Zucker und Tabak, dagegen ist keine Vereinbarung erfolgt in Bezug auf Bier und Alkohol, dort scheiterte die Erstrebung einer solchen an dem unbeugsamen Widerspruch des bairischen Ministers, hier stellte sich für Norddeutschland ein größerer Konsum heraus, als in Süddeutschland. Die Stellung Luxemburgs im Zollverein nicht zu unterbrechen, war man von allen Seiten entschlossen. — Luxemburg hat bekanntlich Preußen seine Virilstimme in der Zollkonferenz übertragen. Die Repräsentation Luxemburgs im Zollparlament ist noch eine offene Frage, jedoch auch hier die Uebertragung der Vertretung an Preußen wahrscheinlich.

— **Königl Preuß Bank.** Bei der großen Erweiterung, welche die Geschäfte der Preußischen Bank durch die Ausdehnung des Geschäftsbereichs auf die neuen Provinzen erfahren, ist natürlich ein großer Bedarf nach Arbeitskräften bei der Preußischen Bank entstanden; wir erfahren, daß junge Leute, welche im Bankfache bewandert sind, leicht eine Anstellung finden werden, wegen deren sie sich an die Hauptbank zu wenden haben.

Agio des Russisch-Polnischen Geldes. Polnisch-Papier 18½ pCt. Russisch-Papier 18 pCt. Klein Courant 20—25 pCt. Groß-Courant 11—12 pCt. Alte Silberrubel 10—13 pCt. Neue Silberrubel 6 pCt. Alte Kopeken. 13—15 pCt. Neue Kopeken 125 pCt.

Amtliche Tages-Notizen.

Den 16. Juni. Temp. Wärme 6 Grad. Luftdruck 27 Zoll 9 Strich. Wasserstand 4 Fuß 9 Zoll.
Den 17. Juni. Temp Wärme 8 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand 4 Fuß 7 Zoll.

Briefkasten.

Eingesandt Dem geehrten Verfasser des Eingesandts in No. 91 d. Bl, in welchem eine Vermehrung der hiesigen 4 Droschken als durch das Bedürfniß geboten erachtet wird, zur geneigten Erwägung, daß, wenn das Bedürfniß wirklich vorhanden wäre, der zeitige Inhaber der Droschken aus eigenem Interesse die Zahl derselben vermehren würde. Versuchsweise hat er in diesem Sommer die vierte Droschke aufgestellt und wird darin fortfahren, wenn er die Ueberzeugung gewinnt, daß er „die Rechnung nicht ohne den Wirth macht." Nur äußerst selten genügen die vorhandenen Droschken dem Verkehrsbedürfnisse nicht, d. i. an Festtagen im Sommer, wenn die Witterung sehr schön ist, gemeinhin werden sie nicht einmal alle zu den Bahnzügen in Anspruch genommen. Im Winter werden die Droschken zu Extrafahrten fast gar nicht benutzt, wie sie auch im Sommer stundenlang unbeschäftigt auf ihrem Halteplatze stehen Diese Thatsachen drängen nicht zur Vermehrung der Droschken. Was den Omnibus anlangt, so hat der Droschken-Unternehmer außer dem zum Bahnhofe fahrenden noch einen zweiten und diesen mehrmals aufgestellt für Passagiere nach dem Ziegelei-, wie auch nach Wieser's Garten, er ist aber fast nie in Anspruch genommen worden. Die Droschken, wie der Omnibus entsprechen noch vollständig dem durchschnittlichen Bedürfniß; — auf seltene Ausnahmsfälle kann kein Unternehmen begründet werden.

Eingesandt. Früher lieferten mehrere hiesige Bäckereien recht schönes Schrootbrot; seit einiger Zeit aber ist dasselbe hier gar nicht mehr zu haben, auch nicht einmal Commisbrot, da wie man hört, die Militärmannschaften dasselbe nicht verkaufen. Sollte eine hiesige Bäckerei ein gutes Schrootbrod zu liefern geneigt sein, so wird um Anzeige in d. Bl. gebeten.

Dem Verfasser des mit „Ein Neugieriger" unterzeichneten Eingesandts wolle den uns mitgetheilten Vorgang zur Kenntnißnahme der Direktion der Polizei-Behörde bringen und die Remedur wird sicher sofort erfolgen.

Die Redaktion.

Der Mayer'sche Brustsyrup
das beste Mittel gegen Heiserkeit und Hustenreiz.

Bei eintretender warmer Witterung ist es eine bekannte Erscheinung, daß die meisten Menschen an Trockenheit des Halses leiden, ja dieser Zustand erreicht eine solche Höhe, daß dieselben von den peinlichsten Hustenanfällen geplagt werden. Wie wichtig es da ist, ein Mittel gleich zur Hand zu haben, welches mit Leichtigkeit diese unangenehmen Affektionen beseitigt, leuchtet Jedem ein. Weder das gebräuchliche Selterwasser noch sonstige Hausmittel sind im Stande, einen Zustand zu beseitigen, welcher neben heftigem Hustenreiz Sprechbeschwerden, ja sogar vollständige Heiserkeit herbeiführen kann. Es ist nun, nach dem Urtheile vieler Sachverständigen, dem Herrn **Mayer in Breslau** gelungen, ein Mittel zu finden, welches, frei von allen schädlichen, betäubenden Substanzen, in ganz leichter Weise diese qualvollen Zustände für immer beseitigt. Derselbe hat in seinem sog. **Mayer'schen Brustsyrup** eine Composition von solchen den Hustenreiz direkt bekämpfenden, den Respirationsorganen nur nutzenden Substanzen erfunden, was öffentlich belobt zu werden gewiß verdient. Nicht nur ärztliche Gutachten, sondern auch wahrheitsgetreue Atteste von Laien stehen benanntem Herrn in Hülle und Fülle zu Gebote. Eine gute Eigenschaft des Syrups wollen wir nicht unerwähnt lassen. Derselbe schmeckt angenehm, widert auf die Dauer des längern Gebrauchs nie an und übt keine schlimmen Folgen auf den Verdauungsapparat aus, wie dies beim längeren Gebrauche schleimiger und pektoraler Getränke zu befürchten ist, vielmehr beseitigt er mit Leichtigkeit den sog. Magenhusten. Mit Recht kann man behaupten, daß besagter Syrup die einzige Erfindung der Neuzeit ist, welche Zutrauen verdient und verliert derselbe, selbst lange Jahre hindurch aufbewahrt, **nie** seine Heilkraft, sondern übt stets gleichmäßig seine gute Wirkung auf die Brustorgane des Menschen aus.

Dr. G.

Inserate.

Bekanntmachung.

Die Lieferung des Holzbedarfs für die Zimmer des Gerichts und dessen Gefängniß-Anstalt für die Zeit vom 1. Oktober d. J. bis ultimo September 1868 soll an den Mindestfordernden ausgethan werden.

Bietungslustige werden eingeladen, ihre Gebote im Termine

den 28. Juni cr.
Vormittags 12 Uhr

in unserem Geschäftsbureau III vor dem Herrn Kanzelei-Direktor **Schulz**, bei dem auch die Bedingungen schon vor dem Termine eingesehen werden können, abzugeben, wobei bemerkt wird, daß neue Bieter nach 12 Uhr nicht zugelassen werden.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Königliches Kreis-Gericht.

Ordentliche Stadtverordneten-Sitzung.
Mittwoch, den 19. d. M. Nachmittags 3 Uhr.

Tagesordnung: 1) Etatsüberschreitung bei der Kasse des Jacobs-Hospitals; — 2) Mittheilung des Magistrats, betreffend den Rabatt von 10 Proz. bei den Arzeneien für die milden Stiftungen und die Armenpflege; — 3) Mittheilung des Magistrats über die Zahlung von 17500 Thlrn. seitens des Staats zu den Brückenbaukosten; — 4) Antwort auf ein Monitum zur Kämmerei-Kassen-Rechnung pro 1865; — 5) Anzeige des Magistrats betreffend die Herabsetzung des Gaspreises auf 2 Thlr. 5 Sgr. pro 1000 Kbfß; — 6) Licitations-Verhandlung zur Verpachtung des Badeschiffs; — 7) Rechnung der Gas-Anstalt pro 1865—66; — 8) Rechnung über den Bau der Weichselbrücke; — 9) Rechnung der Testament und Almosen-Haltung pro 1865; — 10) Abänderungsvorschläge des Magistrats zum Diäten- u. Fuhrkosten-Reglement; — 11) Antrag des Magistrats wegen Beschaffung von Möbeln für die Polizei-Verwaltung.

Thorn, den 14. Juni 1867.

Der Vorsteher. **Kroll.**

Plattes Garten.
Donnerstag, den 20. d. Mts.



von den Mitgliedern der hiesigen Regiments-Kapelle.

Anfang 6 Uhr Abends. Entree 1½ Sgr.
Auf Wunsch nach dem Concert **Tanz.**

Mittwoch, den 19. d. Mts. Abends 6 Uhr

General-Versammlung

des Lesekabinets, behufs Wahl der Zeitungen für das nächste Vierteljahr.

Der Vorstand.

Ein Laden nebst Comptoir ist vom 1. Oktober ab zu vermiethen bei

D. G. Guksch's Ww.

Nur noch bis Donnerstag

dauert der große Ausverkauf von Kleiderstoffen, Leinen-Waaren, Shawls und Tüchern.

Es wird, um die bedeutende Rückfracht zu ersparen, **bei Weitem billiger als bisher verkauft.**

J. Martin aus Berlin,

am Altstädt. Markt Nr. 299 bei Herrn C. Mühlendorff neben dem Hôtel zu den drei Kronen.

Die nächste große Gewinn-Ziehung der vom Staate gegründeten und garantirten

Eisenbahn und Dampfschifffahrt-Loose
(Credit-Loose)

findet am 1. Juli 1867 statt.

1500 Loose müssen an obigem Tage in einer Ziehung folgende **1500** Treffer gewinnen, und zwar:
2 à Fl. 1 à Fl. **250,000**, 1 à Fl. **40,000**, 1 à Fl. **20,000**, 2 à Fl. **5000**, **2500**, 2 à Fl. **1500**, 4 à Fl. **1000**, 37 à Fl. **400** und 1450 à Fl. **160**.

Keine andere Staats-Lotterie bietet so bedeutende Gewinn-Chancen und kostet für obige Ziehung

Ein viertel Miethloos 1 Thlr.
Ein ganzes „ 4 „
Sechs ganze Miethloose 20 „

Gefl. Aufträge werden gegen Baarsendung oder Postnachnahme prompt effectuirt und erfolgen die Listen gratis durch das Lotterie-Comtoir von

G. M. Mayer, in Frankfurt a. M.

Bekanntmachung der Bank von Polen.

Auf Grund eines vom hiesigen Administrations-Rathe am 31. Januar (12. Februar) 1867 Nr. 1095 mitgetheilten Allerhöchsten Erlasses, wird hiermit zur allgemeinen Kenntniß gebracht, daß die von der Bank von Polen in den Jahren 1841 bis 1846 in Umlauf gesetzten weißen, wie auch rothfarbigen Drei Rubel-Scheine, früherer Form und Zeichnung, in der hiesigen Bank Casse blos noch bis zum 1./13. Juli 1867 zum Umtausch angenommen, nach Ablauf aber genannten Termins keinen Werth mehr haben werden.

Warschau, den 22. März / 3. April 1867.

Der Vice-Präses.
Wirklicher Staatsrath (gez.) **Roguski.**
Der Kanzelei-Chef (gez.) **J. Makulec.**

Culmbacher Bier

heute vom Faß

Friedrich Schulz.



Ein **Flügel** steht zu vermiethen Schülerstr. 414 drei Trep. hoch. Das Nähere zu erfragen Gerechtestr. 126 eine Treppe hoch.

Neuer Verlag von Theobald Grieben in Berlin, vorräthig bei **Ernst Lambeck** in Thorn:

Der
„Zeit ist Geld!" **Schnellrechner.** „Zeit ist Geld!"

Lehrbuch des gesammten Rechnens
nach der neuen Schnellrechen-Methode.
Zum Selbstunterricht und für Schulen.
Von **H. F. Kameke.**
Vollständig in 6 Lieferungen à 5 Sgr.

Ein wirklich neues und nützliches Rechenbuch für Jedermann, für Comtoir, Schule und Haus, **vollständig wie kein vorhandenes**, einfach, klar, bündig und frei von allem ermüdenden Ballast, so daß es selbst geübte Rechner alter Schale auf seine ungleich vortheilhaftere neue Bahn herüberziehen wird. Inhalt: Grundrechnungsarten und solche für den gewerblichen und kaufmännischen Verkehr, Zins- u. Zinseszins-, Renten-, Wechsel-, Waaren-Rechnung, Progressionen, Gleichungen, Logarithmen, Quadrat- und Kubikwurzel, Raumgrößen Rechnung u. s. w.



Auction.

Am Mittwoch den 19. Juni von Morgens 8 Uhr ab sollen in dem Hause der Frau Direktor **Schirmer**, Bäckerstraße 280, mahagoni und birkene Möbel sowie verschiedene Haus- und Küchengeräthe meistbietend verkauft werden.



Um schnell zu räumen,

verkaufe ich mein Lager feiner **Stahlwaaren** als: Tischmesser u. Gabeln, Dessertmesser, Taschen-Federmesser, Rasirmesser u. Streichriemen, so wie feine Scheeren aller Art zu den billigsten Preisen.

Gustav Meyer,
Neustadt Nr. 2.

AUCTION.

Montag, den 17. Juni und in den folgenden Tagen, jedesmal von 10 Uhr Vormittags ab, werde ich Neustadt Nr 270 die Versteigerung von

vergoldeten Porzellan-Sachen

fortsetzen.

Nebenbei kommen in den oben angegebenen Tagen Meubles, Hausgeräth, Betten 2c. zur Versteigerung.

Max Rypiński, Auctionator.

Möblirte Wohnungen für 2 Herren mit Beköstigung Gerechtestraße Nr. 115/16.

Briefbogen

mit der Ansicht von Thorn, neue Aufnahme, zu haben bei **Ernst Lambeck.**

Feuersichere Dachpappen

empfiehlt billigst **M. Schirmer.**

In Folge Verpachtung des zu den Samostrzeler Gütern gehörigen und im Wirttzer Kreise belegenen Dorfes Kraczki, welches ¾ Meilen von der Ostbahn Osiek entlegen ist, soll sämmtliches lebende und todte Inventar daselbst durch öffentliches Meistgebot im Termin den

24. Juni cr. und die nächstfolgenden Tage

verkauft werden. Die Verkaufsbedingungen können in der Dominial-Kanzelei eingesehen werden.

Es werden zum Verkauf gestellt:

1) 1100 Stück Schafe verschiedenen Alters und Geschlechts.
2) 256 Lämmer aus dem Monat März und April d. J.
3) 20 Arbeitspferde.
4) 15 Melkkühe.
5) 20 Arbeitsochsen.
6) 2 Stammochsen.
7) 8 Stück Jungvieh.

Ferner eine Anzahl Schwarzvieh, komplette Wirthschaftswagen, Pflüge, eiserne und hölzerne Eggen, Extirpatoren, Ruhrhacken, Geschirr und ein Vorrath trockenen Schirrholzes.

Außer dem oben erwähnten Inventar werden im Bietungstermine auch noch drei $4\frac{1}{2}$jährige Reitpferde sowie der Vollbluthengst **Formidable** von **Joung Catton** aus der **Forget me not** verkauft werden.

Dominium Samostrzel.

Aus Berlin zum Markte hier

20,000 Paar Glacée-Handschuhe

von $7\frac{1}{2}$ Sgr. an, bis zu den **feinsten Ziegenleder-Stepper**, welche Jahre lang halten, ebenso Hirsch- und Gemsleder, seidene, Zwirn-Handschuhe, seidene Krawatten und Schlipse von $2\frac{1}{2}$ Sgr. an, hohe Halsbinden für ältere Herrn, Hosenträger 2c. empfiehlt

die Handschuhfabrik v. C. J. Fischer aus Berlin.

Stand: auf dem neust. Markte. Als Firma: **ein goldener Handschuh.**

Wollsäcke, Getreidesäcke, Rapspläne

billigst bei **Moritz Meyer.**

Ein Fuchs-Wallach steht zum Verkauf bei

Julius Rosenthal.

Dutzend **Badebilletts** zum Baden im Badeschiff à 15 Sgr. sind bei mir und in der Handlung **Fr. Tiede** zu haben

G. Fritsch. Bazarkämpe.



200 grobwollige und 100 feinwollige **Fetthammel**, sehr stark und gut fett, sind in Ostrowitt p. Schönsee zu verkaufen.

Himb. Lim Sirop (à Qt. 20 Sgr.) empf. **Horstig**

Wegen so oft eintretenden Mangels an

Pfundhefe

erhalte solche jetzt täglich frisch.

Gustav Kelm.

Vom 1. Juli ab sind Wohnungen mit Beköstigung zu haben. Näheres in der Königl. Offizier-Speise-Anst. bei der verw. Lieut **Luck.**

Ich suche zum 1. Oktober eine gesunde Wohnung von drei Stuben nebst Zubehör. Offerten erbitte bis zum 25. d. Mts.

F. v. d. Lancken.

Eine elegante Kavalier-Wohnung ist sofort zu beziehen. **Neustadt 66,**
Dr. Fischer's Wwe., Mineralwasserfabrik.

Mehrere neue tapezirte größere Wohnungen hat zu vermiethen

v. Janiszewski,
Schülerstraße 410.

Brückenstr. 7, ist ein Laden u. Wohnung zu verm.

Verantwortlicher Redakteur **Ernst Lambeck.** — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von **Ernst Lambeck.**